

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meiße verbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatvolk und Heimatflur“. — Preis vom 1. bis 10. Dezember Mk. 1 1/2 Billion. Nachherhebung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 53. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41800.



Anzeigenpreis — gegen Zahlung bei Aufgabe — für die 34 m/m breite Colonelleiste Grundzahl 150, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich Grundzahl 200. Reklamezeile 600. Schlüsselzahl ab 26/11. 20/0 Millionen. Grundzahl x Schlüsselzahl = Seitenpreis. — Spätere Zahlung in Goldmark. Seitenpreis 40 bzw. 50 Pfg. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 278

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Keil.

Montag, 3. Dezember 1923 (Franz. Kav.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

50. Jahrgang

Englische Stützung der deutschen Währung.

Ab 10. Dezember freier Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. — Die Hilfe Deutsch-Oesterreichs.

Das Reichskabinett Marz.

In der Stunde der Not hat das Zentrum seinen besten Mann für den unter den heutigen Verhältnissen sicher nicht besonders verlockenden Posten des deutschen Reichskanzlers hergegeben. Mit Recht sagt die „Germania“, daß man dem Abg. Marz in allen Kreisen das größte Vertrauen entgegenbringe, daß er gerade von einer solchen ausgezeichneten und abgeklärten Persönlichkeit hoffen, daß es ihm gelingen werde, eine Regierung des Vertrauens zustande zu bringen. Für die Partei und den Abg. Marz bedeutet die Annahme des Kanzleramtes ein gewaltiges Opfer und die Fraktion könnte das Wort des Abgeordneten Scholz bei sich anwenden, daß sie ihren besten Mann dem Vaterland zur Verfügung stelle.

Abg. Marz behält den Vorposten der Zentrumspartei bei. Die Geschäfte der Reichstagsfraktion des Zentrums führt vorläufig der zweite Vorsitzende Abg. Becker (Kreuzberg) weiter. Gegenüber den Redaktionen der Deutsch-Nationalen und der ihr nahestehenden Generalanzenpresse über die Wünsche des Kabinetts Marz wirkt es erfrischend, was im Stadt-Anzeiger der R. Ztg. über das Kabinett Marz gesagt wird. „In den Kreisen, die rein auf das Parteipolitische eingestellt sind, zerbricht man sich den Kopf darüber, ob sich das neue Kabinett von links oder von rechts stützen lassen wird. Es ist traurig, zu sehen, wie borniert die deutsche Politik vielfach betrieben wird. Das Kabinett Marz hält sich weder nach rechts noch nach links, sondern nur an die eigenen inner- und außenpolitischen Grundsätze, die es vor seinem Gewissen als richtig für das deutsche Volk befindet und zu verantworten gewillt ist. Es muß den Oppositionsparteien rechts und links überlassen, ob sie in welcher Stunde endlich einmal zur Einsicht ihrer Verantwortlichkeit für Leben und Sterben der Nation kommen und daraus die erforderlichen Folgen zu ziehen bereit sind. Die Politiker, die sich diesem Kabinett zur Verfügung gestellt haben, haben ein leuchtendes Beispiel von Pflichterfüllung gegeben, denn es ist heute kein leichter Entschluß, einem von Hurgen und Bürgerkrieg bedrohten Volk den Weg zu weisen, nachdem fünf Jahre Konsumenten- und Lohnpolitik das Gefühl der Nation gegenüber fast völlig zerstört haben und nur harte und drakonische Maßnahmen das Volk auf den Weg zu seiner eigenen Rettung führen können.“

Um so mehr sei von dieser Stelle den Männern des neuen Kabinetts, insbesondere dem Reichskanzler Marz und dem Minister des Innern Dr. Stresemann, der aufgelegt für ihre Pflicht und Entschlossenheit, die innere und äußere Politik nach ihren Kräften und ihrem Gewissen ohne Rücksicht auf Günst und Ungünst ihrer eignen und anderer Parteien zu führen.

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 3. Dez. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung sich mit dem Inhalt der am Dienstag vom Reichskanzler im Reichstag zu lesenden Erklärung beschäftigt und diese im wesentlichen fertiggestellt. Dieselbe wird voraussichtlich sehr kurz sein und kann wesentliche Änderungen des bisherigen Gesamttextes enthalten. Sie wird in der Forderung des Ermächtigungsgesetzes gipfeln und sich auf den Kreis der zunächst kriegsbedingten Aufgaben beschränken. Sie wird Maßnahmen auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge und der Preisbildung für Lebensmittel fordern.

Die Berliner Wälder melden, daß der Reichskanzler für den Fall der Ablehnung seiner Entwürfe die Ermächtigung, den Reichstag aufzulösen, in Erwägung zieht.

Ein englischer Währungskredit.

Berlin, 3. Dez. Die deutsch-englischen Verhandlungen über Erlangung eines Währungskredites haben einen günstigen Verlauf genommen. Der Außenminister Stresemann wird in der Reichstags-Sitzung am Dienstag darüber nähere Mitteilungen machen. Es soll sich um einen englischen Kredit von 100 Millionen Goldmark zur Stützung der deutschen Währung handeln.

Die Arbeitszeit der Beamten.

Berlin, 1. Dez. Im Reichsministerium des Innern wird eine Verordnung vorbereitet, die dem Kabinett möglichst bald zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll, in der die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf 10 Stunden täglich festgelegt wird.

Berlin, 2. Dez. Nach einem Berliner Abendblatt soll der Reichsminister des Innern beabsichtigen, demnächst in einer Verordnung die Arbeitszeit der Beamten und Staatsangestellten auf zehn Stunden ohne Pause zu erhöhen. Wie Wolffs

Büro erfährt, handelt es sich hier nicht um einen Vorschlag des Reichsministeriums des Innern, sondern um einen Auftrag des Reichskabinetts an dieses Ministerium, Vorschläge über eine Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten und Staatsangestellten demnächst dem Kabinett zu unterbreiten. Dabei wird nicht etwa an eine zehnstündige Arbeitszeit ohne Pause, sondern die 54stündige Arbeitswoche gedacht.

Amerika meldet sich.

Philadelphia, 1. Dez. Der Staatssekretär Hughes erklärte in einer Ansprache bei Gelegenheit der Jahreshunderfeier der Monroe-Doktrin, die Vereinigten Staaten seien aus dem Krieg mit denselben Zielen hervorgegangen, mit denen sie in ihn eingetreten wären; obwohl sie Sieger gewesen seien, hätten sie weder Gebietszuwachs noch Reparationen gesucht. Sie wünschten, daß seine Wunden heilten und seine gerechten Forderungen erfüllt würden. Ebenso wünschten sie ein geeinigtes und geheimes Deutschland zu sehen, das den Willen habe, Frieden zu halten und bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Widerstandsmassnahmen zu leisten und das einen angemessenen Lohn für seine Arbeit und Tüchtigkeit erlange. Sie wünschten, daß jeder des Hasses ausgesetzt zu sein. Die Vereinigten Staaten seien immer noch Wundheilern abgeneigt und weigerten sich, sich von vornherein dem auszusprechen, daß sie ihre Macht für unbekannte Möglichkeiten verwenden. Sie behielten sich vor, zu handeln, wie Vernunft und Pflicht es gestattete. Sie forderten faire und gleiche Möglichkeiten in den Mandatsgebieten, da die Alliierten diese mit amerikanischer Hilfe erworben haben. Sie wünschten, zu einer friedlichen Regelung solcher Fragen beizutragen, wie sie es verantworten könnten.

Der New York Herald will wissen, daß im Anschluß an das gestrige Verhandlungsergebnis in der Reparationskommission die Washingtoner Regierung sofort werden aufgerufen werden, zur Ernennung von mindestens zwei, vielleicht aber vier amerikanischen Sachverständigen seitens der Reparationskommission ihre Zustimmung zu geben. Die Einladung werde durch den amerikanischen Beobachter Logan erfolgen, der bereits von der Reparationskommission in aller Form aufgefordert sei, den Vorschlag der Einberufung der Sachverständigenkommission seiner Regierung zu übermitteln.

Amerika nicht befriedigt!

London, 3. Dez. Die Washingtoner Regierung hat dem amerikanischen Beobachter bei der Reparationskommission Logan mitgeteilt, daß sie nicht bereit sei, offiziell sich an der Sachverständigenkonferenz zu beteiligen, weil die Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschränkt werden soll. Sie werde nur sich unofficial vertreten lassen.

Die geplante Einschränkung der Befehung.

Paris, 2. Dez. Der Brüsseler Berichterstatter des Temps meldet, daß Belgien eine Einschränkung der Befehung an der Ruhr beabsichtigt werde. Man denke daran, zunächst die Gruben- und Fabrikbetriebe und zum Teil auch die Bahnhöfe zu schließen. Die Befehungstruppen wären in den Großstädten zusammenzuziehen. Dagegen sei man der Ansicht, daß die militärische Abriegelung um die Grenze des Ruhrgebietes beibehalten werden müsse zur Sicherung und um ein Druckmittel gegenüber den Industriellen in der Hand zu behalten.

Entscheidung in der Frage der rheinischen Goldnotenbank.

Bonn, 1. Dez. Die Banken des besetzten Gebietes und die Vertreter der französischen und belgischen Banken haben sich heute versammelt unter dem Vorsitz des Herrn Lirard, Oberkommissar von Frankreich, und in Gegenwart von Baron de Lincacqumy, Oberkommissar von Belgien.

An der Sitzung haben teilgenommen die Herren Philpott (Brüssel) als Vertreter der belgischen Banken, Athalia, Strohl und Jacques als Vertreter der französischen Banken, Schweigert als Vertreter des französischen Finanzministeriums, Giscard und Wibier, Finanzberater des hohen französischen Kommissariats, Telge, der Thomason, Finanzbevollmächtigte der Ruhrarmee, Delon, Vertreter des Herrn Hannecart.

Von Seiten der rheinischen Banken waren anwesend: Louis Hagen, Direktor der Rheinischen, v. Schroeder, Fritz, E. Alfred v. Oppenheim, Bendix (Gesellschaftsinhaber des Barmer Bankvereins), alle in Köln, Dr. Hammerichmidt, Dr. Wupper-

mann (Düsseldorf), Direktor Becker, Kurt Giesch (Essen).

Infolge der befriedigenden Aussprache ist beschlossen worden, die Statuten für die zukünftige Gesellschaft sofort festzustellen.

Gold-Schichtlohn im Ruhrbergbau 420 Goldmark.

Berlin, 2. Dez. Die Röhne im Bergbau für die Woche vom 24. November bis 3. Dezember 1923 wurden durch Schiedspruch eines im Reichsarbeitsministerium tagenden Schlichtungsausschusses wie folgt festgestellt: Für den Ruhrbergbau auf 420 Goldmark, für den obersteilischen Steinkohlenbergbau auf 3 Goldmark, für den sächsischen Steinkohlenbergbau auf 270 Goldmark und für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf 250 Goldmark. Hierzu treten für die einzelnen Bereiche für jede in der vorerwähnten Woche geforderte Schicht Teuerungszulagen in Höhe von 750 bis 1050 Milliarden Mark.

Wiederaufnahme des früheren Eisenbahnverkehrs.

Paris, 3. Dez. Aus Paris meldet Sabas, daß am 1. Dezember in Mainz eine erste Reihe von Abmachungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und der französisch-belgischen Eisenbahnregie getroffen wurden. Falls dieselbe die Zustimmung der deutschen Regierung erhalten, sollen sie am 10. Dezember in Kraft treten und damit die Wiederaufnahme des seit dem 11. Januar unterbrochenen Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wieder ermöglicht werden. Aber eine Anzahl Einzelheiten herrscht noch Meinungsverschiedenheit. Weiter wird dazu gemeldet:

Mit diesem Abkommen ist eine Reihe von weiteren Bestimmungen verbunden, durch die die Verbindung des deutschen und des Regie-Eisenbahnnetzes, die Anknüpfung der Fahrpläne, die Durchleitung der internationalen Züge, die Verrechnung der Einnahmen usw. geregelt wird. Auch die alte Streitfrage der Stellung von Personen- und Güterwagen und Lokomotiven durch die deutsche Regierung wird jetzt geregelt. Mit diesem Abkommen werden die Verkehrsbeschränkungen, die bis jetzt zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet bestanden, beseitigt. Vorläufig wird sich der durchgehende Zugverkehr allerdings nur auf die internationalen und sonstigen Schnellzüge erstrecken, während über die Durchleitung der Personenzüge bisher noch keine Einigung zustande gekommen ist. Dagegen ist in dem Abkommen bestimmt worden, daß die strenge Pass- und Zollkontrolle an den Grenzstationen in Fortfall kommt. Für die weitere Durchführung des Abkommens und um eine engere Verbindung zwischen der französisch-belgischen Regie und der deutschen Eisenbahnverwaltung herzustellen, so kein deutscher Vertreter bei der Generaldirektion der Regie in Mainz ernannt werden.

Paris, 2. Dez. Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, von heute ab Waren, die aus dem nichtbesetzten Deutschland kommen und durch das besetzte Gebiet geführt werden, soweit sie für das Ausland bestimmt sind, als internationale Transitware zu behandeln, d. h. für sie weder die Bezahlung der Abgabe noch den Nachweis der Ausfuhrbewilligung der Befehlshaberbehörde zu verlangen.

Ein Besuch bei den deutschen Verurteilten in St. Martin de Re.

Berlin, 2. Dez. Im besonderen Auftrage des Auswärtigen Amtes besuchte ein höherer Beamter der deutschen Botschaft in Paris im Einverständnis mit der französischen Regierung die im Gefängnis von St. Martin de Re befindlichen deutschen Ruhrgefangenen. Es befinden sich dort: Hans Stach, Hans Sadownski, Louis Alfred Becker, Georg Berner, Georg Zimmermann, Gustav von Oettinger, Hugo Klipper, Willi Fiedler, Ernst Koch, Paul Brauer, Paul Gerges, Willi Karl Dreher, Karl Frey, Georges Gruber, Hans Kahne, Mich. Kauf, Friedrich Maurer, Paul Sasse, Alfred Schneider, Heinrich Kunz, Adam Breitenbach, Adam Siegler, Paul Reers, Hans Gottfried, Wilhelm Giehl, Ernst Schade, Johann Schwaiger, Franz Kohnfeld. Soweit die Adressen der Angehörigen festzustellen waren, wurden diese von dem Ergebnis des Besuchs unmittelbar benachrichtigt. Angehörige, denen bisher keine Nachricht zugeht, um gut, ihre Anschrift unverzüglich dem Auswärtigen Amt, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 75, mitzuteilen.

(Es befinden sich darunter auch die vier a. St. in Neuß verhafteten jungen Leute.)

Eine neue „separatistische Regierung.“

Paris, 3. Dez. Aus Paris wird gemeldet, daß in Koblenz sich eine neue „separatistische

Regierung“ gebildet habe unter der Präsidentschaft von Dr. Dörten. Die „Hauptstadt“ soll allerdings Koblenz sein, aber der Sitz der Regierung Ems.

Preis-Rückgänge.

Hamburg, 3. Dez. Wie aus Berlin wird auch von hier ein großer Preisrückgang gemeldet, insbesondere für Lebensmittel und Bedarfsartikel bis zu 50 Prozent. Auch die Hamburger Straßenbahn-Gesellschaft hat die Herabsetzung der Preise um 33 1/2 Prozent mit Wirkung von heute an angekündigt.

Sozialdemokratie und Kommunismus.

Dresden, 3. Dez. Die Sozialdemokratische Partei hielt einen streng vertraulichen Parteitag ab, der sich mit der Frage des Zusammengehens der Sozialdemokratie und der Kommunisten beschäftigte. Den ablehnenden Standpunkt des deutschen Parteivorstandes vertrat Minister a. G. Hilferding. Trotzdem soll eine Anzahl Entschlüsse gegenwärtiger Ansicht gefaßt worden sein.

Holländische Caritas.

Saag, 1. Dez. In den verschiedensten Städten Hollands werden Sammlungen zugunsten Deutschlands veranstaltet. Unter Warbetragen, die von einzelnen Komitees in Höhe von mehr als 100 000 Gulden aufgebracht wurden, sind große Mengen Kleidungsstücke und riesige Mengen Lebensmittel gesammelt worden. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß ständig mehr als 5000 deutsche Kinder in Holland untergebracht sind.

Die Sammlung der holländischen Zeitung „De Maasbode“ für das Rheinland, die durch den Hilferuf des Kölner Erzbischofs veranlaßt wurde, hat über 30 000 Gulden ergeben.

Die Hilfe der österreichischen Brüder.

Wien, 3. Dez. In allen öffentlichen Betrieben fanden gestern Sammlungen für die deutsche Hilfe statt. Von dem Bund der Reichsdeutschen ist eine Sammelforderung von 40 000 Pfaten nach Deutschland abgegangen.

Letzte Derselben.

Düsseldorf, 1. Dez. Die Erwerbslosenunterstützung wird neuerdings nur noch einmal in der Woche im Gesamtbetrag ausbezahlt. Da in dieser Woche die Währung im allgemeinen fest geblieben ist, sind Nachzahlungen nicht mehr erfolgt. Infolgedessen hat ein großer Teil der Erwerbslosen bei der Ungültigkeit der Unterstützung am Wochenende kein Geld mehr in den Händen. Der Erwerbslosenrat hat sich infolgedessen eine neue Urkunde bemächtigt, die von gewalttätigen Elementen bis zu Plünderungsversuchen geübertet wurde. Am Karlsplatz versuchte heute vormittag ein Haufe von Ruhestörern den Stand einer Metzgerei zu plündern. Der Metzger, der sein Eigentum verteidigen wollte, wurde angegriffen. Er legte sich darauf mit einem Messer zur Wehr und verletzte einen Mann einen Stich, daß er zu Boden stürzte. Ob der Gestochene tot ist, konnte noch nicht festgestellt werden, da er beim Eintreffen der Polizei bereits von seinen Genossen fortgeschafft worden war. Der Metzger selbst war geflohen und konnte bisher auch nicht in seiner Wohnung aufgefunden werden. Es ist zu befürchten, daß die Ruhestörungen einen größeren Umfang annehmen, weil die Kommunisten heute Kundgebungen gegen das Verbot ihrer Partei im gesamten besetzten Gebiet planen.

Essen, 2. Dez. Dem Vernehmen nach hat die Arbeiterschaft der Industriebezirke beschlossen, sich an dem Zustand der Rassenärzte nicht zu beteiligen.

Berlin, 2. Dez. Die Fertigstellung der Rentenmarktscheine ist jetzt so weit vorgeschritten, daß von jetzt ab Stücke auch auf dem Wege über Banken und Bankfirmen bezogen werden können.

Paris, 2. Dez. Sabas berichtet aus Koblenz, die Rheinlandkommission hat einstimmig die Ausweisung des kommunistischen Abgeordneten des preussischen Landtages, Daheim, mit der Begründung beschlossen, daß er sich namentlich durch die Verbreitung von Broschüren, die Beleidigungen der alliierten Regierungen enthielten, bemühe, im besetzten Gebiet die öffentliche Ordnung zu stören.

Mailand, 1. Dez. Infolge des durch die dauernden Regenfälle verursachten Hochwassers ist heute früh in der Provinz Bergamo eine der erst vor zwei Jahren gebauten Staumauern des Sees Lecco gebrochen. Das Wasser stürzte in den bei der Stadt Lecco vorbeistreichenden Minolfaß und überschwemmte die Ortschaften Cuggio und Zonovo. Die Bewohner dieser und anderer Ortschaften retteten sich durch die Flucht. Die Zahl der Toten beträgt bisher 300. Die Ueberschwemmung hat ungeheuren Schaden angerichtet.
